Zeitschrift: Geographica Helvetica : schweizerische Zeitschrift für Geographie = Swiss journal of geography = revue suisse de géographie = rivista svizzera di geografia

Herausgeber: Verband Geographie Schweiz ; Geographisch-Ethnographische Gesellschaft Zürich

Band: 35 (1980)

Heft: 2

Artikel: Innerstädtische Betriebsverlagerungen am Beispiel von 5 Banken in der Stadt Zürich

Autor: Keller, Theo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-56937

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Innerstädtische Betriebsverlagerungen
am Beispiel von 5 Banken in der Stadt Zürich

Innerstädtische Betriebsverlagerungen

Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf eine wirtschaftsgeographische Diplomarbeit, die am Geographischen Institut der Universität Zürich ausgeführt wurde[1].

1. Einleitung

Als wichtigste ökonomische Gründe für die Existenz von Städten können die ungleiche Verteilung der Ressourcen und das Auftreten von Innovationen, internen und externen Ersparnissen angeführt werden. Interne Ersparnisse (economies of scale) entstehen durch sinkende Stückkosten bei erhöhter Produktion. Lokalisations- und Urbanisationseffekte ergeben sich durch die Konzentration von Betrieben der gleichen oder unterschiedlicher Branchen, was zu Zuliefer-, Vermarktungs-, Fühlungs- und Infrastrukturvorteilen führt. Als Sammelbegriff wird meist von Agglomerationsvorteilen gesprochen, die heute als einer der wichtigsten Standortfaktoren für Unternehmen des sekundären und tertiären Sektors gelten.
Die Ballung von Bevölkerung und Wirtschaft hat auf der anderen Seite aber sog. Agglomerationsnachteile zur Folge, die sich in Boden- und Mietpreissteigerungen, Verkehrs- und Umweltproblemen äußern. Ab einer gewissen Stadtgröße nehmen die Agglomerationsnachteile für den einzelnen Betrieb oder privaten Haushalt ein Ausmaß an, das die Vorteile übertrifft und zu Wegzügen aus der Stadt führt. Mangelndes Wohnungsangebot (hohe Mietzinsen) und Umweltbelastungen sind für die Abwanderung von Einwohnern (insbes. Familien) in die Umgebung der Stadt verantwortlich. Die sog. Landflucht aus wirtschaftlich schwachen Gebieten, die v.a. durch Arbeitsplatz- und Ausbildungsfaktoren bedingt ist, wird somit durch die Stadtflucht abgelöst, bei der meist nur ein Wohn-, aber kein Arbeitsplatzwechsel erfolgt. Damit verbunden sind die bekannten räumlichen Entmischungsprozesse zwischen den Grundfunktionen Wohnen und Arbeiten in Agglomerationen und das dadurch auftretende hohe Pendleraufkommen.
Verlagerungen von Betrieben aus der Stadt und aus dem Stadtzentrum werden insbesondere durch mangelnde Flächenreserven, hohe Boden- und Mietpreise und Verkehrsprobleme verursacht. Neben der Industrie, dem Groß- und Einzelhandel nehmen aus diesen Gründen zunehmend auch andere Betriebe des tertiären Sektors (wie z.B. Banken, Versicherungen) Standortverlagerungen vor.
Ballungsnachteile machen sich aber auch beim Staat bemerkbar, bei dem für Verwaltung und den Ausbau und Betrieb von Infrastruktureinrichtungen hohe Kosten anfallen, die nur zum Teil den Verursachern direkt angelastet werden können. Das Auftreten von hohen sozialen Kosten in Ballungsräumen bedingt, daß betriebswirtschaftlich noch befriedigende Standorte in Städten gesamtwirtschaftlich bereits nachteilig sein können. Deshalb wird eine stärkere Dezentralisierung gefordert. Damit die Agglomerationsvorteile trotzdem erhalten werden können, wird eine Konzentration von Betrieben in Entlastungszentren innerhalb von Agglomerationen oder in Wachstumszentren in peripheren Gebieten angestrebt.

2. Problemstellung

In der hier vorgestellten Fallstudie werden fünf ausgewählte Bankbetriebe in der Stadt Zürich untersucht. Ausgehend von einer Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt Zürich im Vergleich zum übergeordneten Raum anhand von Beschäftigtenzahlen stehen zwei Fragen im Mittelpunkt:

1. Welche Faktoren waren ausschlaggebend für die Standortwahl der Verwaltungszentren von Banken? (Kap. 4)
2. Welche Auswirkungen ergeben sich durch die gewählten Standorte auf die Verkehrsbeziehungen? (Kap. 5)

Die Wirtschaftsgruppe Banken/Kreditvermittlung (Nomenklatur der Eidg. Betriebszählung) verzeichnete zwischen 1965 und 1975 einen großen Beschäftigungszuwachs. Für diese wachstumsstarke Bran-

Theo Keller, Geographisches Institut der Universität Zürich, Blüemlisalpstraße 10, 8006 Zürich

che des tertiären Sektors ist eine hohe Konzentration in städtischen Zentren, insbesondere im schweizerischen Finanzzentrum Zürich, festzustellen (vgl. Kap. 3). Für die Stadt Zürich haben die betrachteten Banken basic-Charakter, das heißt sie erfüllen Funktionen, die über den regionalen und auch schweizerischen Markt hinausgehen. Gemäß Exportbasis-Modell gehen somit durch diesen «Export-Sektor» entscheidende Wachstumsimpulse auf die Wirtschaft der Region Zürich aus. Aus regionalpolitischer Sicht stellt sich die Frage, ob nicht zumindest Teile solch wachstumsintensiver Branchen in förderungsbedürftige Regionen verlegt werden könnten.
Eines der brennendsten Probleme aller städtischen Ballungen sind Verkehrs- und damit zusammenhängende Umweltprobleme (Lärm, Luftverschmutzung). Der Verkehr und insbesondere der Privatverkehr ist ein bedeutender Verursacher von sozialen Kosten. Durch die Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen in städtischen Außen- und Wohnquartieren, wie es im vorliegenden Fall geschehen ist, werden zusätzliche Verkehrsbelastungen in den betreffenden Quartieren erzeugt. Hier erhebt sich die Frage, inwieweit eine aus betriebswirtschaftlicher Sicht getroffene Standortwahl soziale Kosten für Drittpersonen (Stadtbewohner, Personal) und den Staat verursacht.

3. Wirtschaftliche Entwicklung 1965-75 [2)]

Wie aufgrund der Sektor-Theorie von Fourastie vermutet werden kann, nimmt der Beschäftigtenanteil des tertiären Sektors gemäß Tabelle 1 laufend zu (1975: Schweiz 52%, Zürich 69%, ohne Landwirtschaft). Auffallend ist das überdurchschnittlich starke Wachstum der Wirtschaftsgruppe 661 Banken/Kreditvermittlung, in der sich in der Stadt Zürich die Beschäftigten in den betrachteten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben. Dies entspricht einer Zunahme von rund 10000 Vollbeschäftigten (vgl. Tab. 2). 1975 waren 28% aller in dieser Wirtschaftsgruppe tätigen Personen in der Stadt Zürich angestellt.
Die Wirtschaftsgruppe Banken kann somit als ausgesprochen wachstumsintensive Branche der sechziger und siebziger Jahre bezeichnet werden. Traditionell in Städten angesiedelt, haben Banken dort eine Vielzahl von attraktiven Arbeitsplätzen (hohes Lohnniveau, breites Stellenangebot für qualifizierte Arbeitskräfte, gute Aufstiegsmöglichkeiten, betriebseigene Verpflegungs- und Sporteinrichtungen für das Personal usw.) geschaffen. Das attraktive Arbeitsplatzangebot in Agglomerationen wirkt starke Anziehungseffekte aus und kann dadurch zu Abwanderungen aus peripheren Regionen führen. Im weiteren treten infolge des hohen Lohnniveaus und der hohen Flächenansprüche der Banken für andere Funktionen starke Konkurrenzierungen auf dem Arbeits- und Bodenmarkt auf, wodurch schwächere Betriebe verdrängt werden können.
Der Anteil der Industriebeschäftigten ist in der Schweiz und in der Stadt Zürich sowohl relativ als auch absolut stark zurückgegangen. Für Zürich ist im betrachteten Zeitraum ein Verlust von rund 27500 Industriearbeitsplätzen zu verzeichnen. Die hohen Beschäftigungsrückgänge in der Stadt Zürich in Industrie, Baugewerbe und Handel konnten durch die Gewinne in einigen Wirtschaftsklassen des tertiären Sektors nur zum Teil ausgeglichen werden. Es verbleibt ein Nettoverlust von 16500 Arbeitsplätzen oder 6% (1965-75). Da die Stadt Zürich keine ausgesprochen strukturschwachen Branchen (Uhren, Textil usw.) mit überdurchschnittlichen Beschäftigungseinbrüchen in der Rezession aufweist, kann vermutet werden, daß ein Teil des Beschäftigungsrückgangs im sekundären Sektor durch Verlagerungen zu erklären ist. Tatsächlich findet sich rund um die Stadt Zürich eine Reihe von Gemeinden, die im Vergleich zum Kanton einen überdurchschnittlichen Beschäftigungsanteil in Industrie und Handel aufweisen und die zum Teil auch zwischen 1965 und 1975 noch eine Zunahme an Industriebeschäftigten zeigen.
In der Agglomeration Zürich läßt sich somit eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen Stadt und Umland feststellen. Sog. Bürotätigkeiten mit relativ niederem Flächenbedarf pro Angestellten und hohem Informations- und Kontaktbedürfnis verbleiben in der Stadt, flächenintensive Produktions- und Lagerbetriebe verlagern sich in umliegende Gemeinden mit ausreichendem und günstigem Angebot an Industrieland.
Im englischen Sprachraum ist der Begriff quartäre Aktivitäten (quaternary economic activities) geprägt worden, der Tätigkeiten wie das Sammeln, Verarbeiten und Weitergeben von Informationen im weitesten Sinne (Forschung, Bildung, Datenverarbeitung usw.) und Kontrollfunktionen umfaßt.[3)] Solche Funktionen spielen auch in der Industrie eine zunehmend wichtigere Rolle. Der steigende Anteil solch «geistiger» Tätigkeiten findet ihren formalen Ausdruck in den Bürohäusern unserer Städte. Aus stadtplanerischer wie auch aus regionalpolitischer Sicht sind die spezifischen Standortanforderungen von Bürotätigkeiten von großem Interesse. Insbesondere in Großbritannien sind v. a. auch im Zusammenhang mit der Bewilligungspflicht für Büroansiedlungen in der Region London (Office Development Permit) einige Untersuchungen über Standortfragen von Büros gemacht worden.[4)]

Tabelle 1 Beschäftigte mit 30 und mehr Wochenstunden (ohne Landwirtschaft) 1975, Stadt Zürich und Schweiz

	Zürich	Schweiz	Index, 1965 = 100 Zürich	Schweiz
Total = 100%	267 500	2 538 000	94	101
davon in % vom Total:				
2/3 Industrie, verarbeitendes Gewerbe	24	38	70	87
4 Baugewerbe	6,2	8,9	73	77
6–9 Dienstleistungen	69	52	110	121
61–63 Großhandel, Handelsvermittlung	9,1	4,7	96	112
64/65 Detail-, Einzelhandel	11	9,0	85	108
661 Banken, Kreditvermittlung	7,5	2,8	204	189
662 Versicherungen	2,8	1,3	122	133
7 Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Gastgewerbe	12	13	94	108
8/9 Sonstige Dienstleistungen	26	21	123	131
88 Beratung, Interessenvertretung, kommerzielle Dienste	7,7	3,6	129	143

Quelle: Eidg. Betriebszählung, 1965/1975

Tabelle 2
Arbeitskräftebilanz 1965–75 für die Stadt Zürich

Verlust an Arbeitsplätzen

2/3	Industrie	27 500
4	Baugewerbe	6 000
61–63	Großhandel	1 000
64/65	Detailhandel	5 500
7	Verkehr usw.	2 000
		42 000

Gewinn an Arbeitsplätzen

5	Energiewirtschaft	500
661	Banken	10 000
662	Versicherungen	1 500
67	Immobilien, Verleih	500
88	Beratung usw.	4 500
8/9	Sonstige Dienstleistungen ohne 88	8 500
		25 500
Nettoverlust		16 500
		42 000

Quelle: Eidg. Betriebszählung, 1965/1975

4. Standortprobleme

4.1 Die untersuchten Bankbetriebe

Die Zahl der Beschäftigten in der Stadt Zürich in der Wirtschaftsgruppe Banken/Kreditvermittlung hat sich zwischen 1965 und 1975 von 10000 auf 20000 verdoppelt. Im weiteren läßt sich feststellen, daß noch 1975 beinahe 60% dieser Beschäftigten im zentralen Kreis 1 arbeiteten. (Insgesamt sind 1975 ein Fünftel der in Zürich Beschäftigten im Kreis 1 tätig.) Eine solch hohe Konzentration verbunden mit dem starken Wachstum im letzten Jahrzehnt führt zwangsläufig zu großer Nachfrage nach zusätzlicher Fläche, die im stark ausgenützten Stadtzentrum nicht mehr befriedigt werden kann. Dieser Wachstumsprozeß und damit verbundene Ausdehnungs- und Standortprobleme sollen im folgenden am Beispiel der fünf größten Schweizer Banken (Schweiz. Bankgesellschaft, Schweiz. Bankverein, Schweiz. Kreditanstalt, Schweiz. Volksbank, Zürcher Kantonalbank) näher betrachtet werden. Diese Banken haben ihren schweizerischen Hauptsitz in Zürich oder zumindest große Niederlassungen. In die folgende Betrachtung werden lediglich die Zürcher Hauptzentren der Banken einbezogen, nicht aber die zahlreichen über die Stadt verstreuten Filialen mit direktem Kundenkontakt. 1978 wiesen die fünf Hauptzentren zusammen rund 12000 Beschäftigte auf, was seit 1970 einer Zunahme von ca. 50% entspricht. Der damit auftretenden Verknappung an Fläche wurde vorerst durch sukzessive Einmietungen von Abteilungen in der Umgebung der bankeigenen Hauptgebäude im Stadtzentrum begegnet. Bei den größeren Banken war damit eine Aufsplitterung des Hauptsitzes auf Dutzende von Standorten verbunden, was betriebswirtschaftlich gesehen erhebliche führungs- und kommunikationsbedingte Nachteile bringt. Im weiteren müssen gerade im Stadtzentrum sehr hohe Mietzinse für Büroflächen bezahlt werden. Ende der sechziger Jahre, als bankinterne und -externe Entwicklungsprognosen in beschäfti-

gungs- und flächenmäßiger Hinsicht immer noch ein bedeutendes Wachstum erwarten ließen, führten diese Gründe bei allen fünf Banken zum Entschluß, die eingemieteten Abteilungen zusammenzulegen und an einem einzigen Standort zu konzentrieren. An dieser Stelle erhebt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Standorte für die neuen Verwaltungszentren ausgewählt wurden bzw. welche Standortfaktoren für die getroffene Standortwahl ausschlaggebend waren.

4.2 Standortmodelle

In diesem Zusammenhang ist die Theorie der unternehmerischen Standortwahl (einzelwirtschaftliche Betrachtung) von Interesse.[5] Die ersten dieser Modelle, die für die Standortwahl von Industriebetrieben entwickelt worden sind, gehen von einem unabhängigen und gewinnmaximierenden Standortverhalten des einzelnen Unternehmers aus. Bei Weber[6] beeinflussen Transportkosten, Arbeitskosten und Agglomerationswirkungen die industrielle Standortwahl, wobei ersteren die größte Bedeutung zugemessen wird. Da die auf Basis der Profitmaximierung deterministischen Modelle das Standortverhalten nicht realistisch erklären konnten, werden in neuerer Zeit eher verhaltensorientierte Ansätze angewandt. Man geht davon aus, daß im Sinne einer Risikovermeidung kein gewinnmaximaler, sondern ein befriedigender Standort als Ziel angestrebt wird. Dadurch erklärt sich die Bevorzugung traditioneller bzw. hochzentraler Standorte. Im Zusammenhang mit dieser verhaltensorientierten Richtung ist eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen (Befragungen) über Standortfaktoren insbesondere für Industriebetriebe durchgeführt worden. Bei der Gegenüberstellung solcher Befragungen[7] treten folgende Hauptdeterminanten der Standortwahl industrieller Betriebe hervor: Arbeitsmarkt, Grundstück/Boden, Verkehrsverhältnisse.

Untersuchungen über die Standortwahl von tertiären Betrieben beschränken sich im wesentlichen auf Handels- und Dienstleistungsbetriebe mit direktem Kundenkontakt. In der Theorie der zentralen Orte von Christaller wird für jedes Gut (Ware oder Dienstleistung) eine untere und eine obere Grenze der Reichweite festgelegt und somit das Gebiet abgegrenzt, das mit diesem Gut versorgt werden kann. Die untere Grenze (Schwellenwert) wird durch die zur Kostendeckung notwendige Mindestnachfrage (economies of scale) festgelegt, die obere Grenze durch steigende Transportkosten und -zeit für die Nachfrager.[8]

Untersuchungen über die Standortwahl von Unternehmen des tertiären Sektors ohne direkten Kundenkontakt (sog. Bürobetriebe) sind im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen insbesondere in Großbritannien und Schweden erfolgt. Dabei hat sich gezeigt, daß den Führungsvorteilen, die vielfach als entscheidender Grund für die Konzentration von Büros im Stadtzentrum erwähnt werden, nicht die dominante Rolle zukommt. Räumliche Nähe ist für das Aufrechterhalten von Kontakten meist keine objektiv notwendige Bedingung, da einerseits nur wenige Kontakte von Angesicht zu Angesicht erfolgen und andrerseits zunehmend leistungsfähigere Kommunikationsmittel zur Verfügung stehen. Vielfach sind es eher nichtökonomische Gründe wie persönliche Präferenzen, Tradition oder Prestige, die einer Dezentralisation entgegenstehen.[9]

4.3 Die Standortwahl der Verwaltungszentren

Bei der Standortwahl handelt es sich um die Verlagerung und räumliche Konzentration von bereits bestehenden Verwaltungsabteilungen. Bei Hauptzentren von Großbanken können aufgrund der Standortanforderungen zwei Arten von Abteilungen unterschieden werden: Frontabteilungen mit direktem und persönlichem Kontakt («Geschäft») und Abteilungen hinter der Front («Geschäftliche und technische Dienstleistungen») (vgl. Tab. 3). Die Frontabteilungen und Abteilungen mit intensiven Kontakten zu diesen werden in den bereits bestehenden bankeigenen Hauptgebäuden im Stadtzentrum belassen. Für die übrigen Abteilungen muß aufgrund ihrer spezifischen Standortanforderungen ein geeigneter Standort gewählt werden.

Tabelle 3: Wichtigste Standortanforderungen eines Bankbetriebes

	Frontabteilungen mit direktem Kundenkontakt	Abteilungen hinter der Front
Arbeitsmarkt		
- gute Erreichbarkeit	x	x
- attraktive Arbeitsplatzumgebung	x	x
Kontakt- und Fühlungsvorteile	x	(x) intern zu Frontabt.
Kommunikationsvorleistungen (insbes. Telefonanschlüsse)	x	x
Kunden:		
- gute Erreichbarkeit	x	
- Prestigeadresse	x	
Grundstück (Fläche, Realisierbarkeit, Preis)	x	x

Durch die Banken wurden zum Teil umfangreiche interne Abklärungen vorgenommen. Eine Zusammenstellung von Standortkriterien und deren Bewertung, wie sie durch eine Bank vorgenommen wurde, findet sich in Tabelle 4. Aufgrund solcher Untersuchungen wurden schließlich anfangs der siebziger Jahre die Standorte für die Verwaltungszentren ausgewählt. Sie befinden sich in städtischen Quartieren außerhalb des Zentrums in 2 bis 4,5 km Luftdistanz von den Hauptgebäuden im Stadtzentrum. Damit ist in diesen Quartieren die Schaffung von insgesamt rund 7000 Arbeitsplätzen verbunden.

4.4 Wertung der Standortwahl

Als Hauptdeterminanten der Standortwahl für die Verwaltungszentren können Personal (insbes. Arbeitsweg und Arbeitsplatzumgebung), Grundstück/Realisierbarkeit und Kommunikation (hauptsächlich zum Hauptgebäude im Stadtzentrum) genannt werden. Die Standortanforderungen decken sich weitgehend mit denjenigen von industriellen Betrieben, wie sie aus Befragungen hervorgehen (vgl. Kap. 4.2). Die starke Gewichtung des Faktors Personal erklärt sich zum Teil aus der angespannten Arbeitsmarktlage Ende der sechziger Jahre. Die hohen Beschäftigungszunahmen innerhalb der Wirtschaftsgruppe Banken hat insbesondere auch zu Konkurrenzierungen der Banken untereinander auf dem Arbeitsmarkt geführt. Bei der Verlegung bestehender Arbeitsplätze galt es deshalb vor allem sicherzustellen, daß das Personal bereit war, die Verlagerung mitzumachen und dadurch die Kosten für die Anwerbung und Ausbildung neuer Arbeitskräfte niedrig zu halten. Wichtig ist somit eine gute

Tabelle 4 Standortkriterien Verwaltungszentrum

				Gewicht
Personalprobleme G = 40	sachlich G = 28	Arbeitsweg G = 10	private Verkehrsmittel	5
			öffentliche Verkehrsmittel	5
			Widerstand gegen Arbeitsplatz außerhalb City	4
		Fahrtkosten G = 2	private Verkehrsmittel	1
			öffentliche Verkehrsmittel	1
			Standort in Wohnviertel	2
		Infrastruktur G = 10	Wohnungsmarkt	2
			Restaurants	4
			Einkauf	4
	psychologisch G = 12	Widerstand gegen Änderung	bereits ausquartierte Abteilungen	3
			auszuquartierende Abteilungen	3
			Gefühl der Benachteiligung	4
			Image	2
Kommunikation G = 20			Kurier (Akten, Personen)	15
			elektrisch	5
Liegenschaften-Probleme G = 15			Erweiterungsmöglichkeiten	3
			Quartierstruktur	3
			Parkierungsmöglichkeiten	3
			zukünftiger Anlagewert	3
			Wirtschaftlichkeit	3
Realisierbarkeit G = 25				25
				Total 100

Quelle: Bankinterne Standortstudie 1970

Erreichbarkeit des neuen Arbeitsplatzstandortes für die Angestellten (gute Verkehrslage) sowie eine attraktive Arbeitsplatzumgebung. Die Bedeutung, die dem Standortfaktor Personal durch die Banken zugemessen wird, geht auch aus zum Teil umfangreichen bankinternen Befragungen hervor, die bei den Angestellten durchgeführt wurden. Neben Fragen über den Arbeitsweg wurden in einem Fall auch explizit Fragen über die Standortpräferenzen des Personals gestellt. Daraus hat sich ergeben, daß die Vielzahl von Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, kulturellen und Unterhaltungseinrichtungen im Stadtzentrum insbesondere von jüngeren Angestellten und Frauen über Mittag und nach Arbeitsschluß rege benutzt werden. Das Stadtzentrum bildet somit ein attraktiver und vom Personal bevorzugter Arbeitsplatzstandort.

Der Standortentscheid kann aus theoretischer Sicht als einen schrittweisen Suchprozeß beschrieben werden, der auf der internationalen oder tieferen Ebene ansetzt und auf der Ebene des Grundstücks endet. Für die Standortwahl der Verwaltungszentren kann festgestellt werden, daß die Standortsuche auf den städtischen Raum beschränkt blieb und Standorte außerhalb von Zürich nicht oder nur am Rande in Betracht gezogen wurden. Dies ist durch die Kriterien Arbeitsweg für das Personal und Kommunikation zu den zentralen Hauptgebäuden bedingt. Für die Standortwahl innerhalb der Stadt Zürich kann als ausschlaggebender Standortfaktor das Grundstück bzw. die Realisierbarkeit genannt werden. Der Standort der Verwaltungszentren wurde somit durch die Lage eines Grundstücks bestimmt, das die minimal geforderte Fläche aufwies und das innerhalb gewünschter Frist überbaut werden konnte.[10] Daraus ergibt sich eine zufällig anmutende Verteilung der Verwaltungszentren über die ganze Stadt. Die Standortwünsche des Personals in bezug auf ein attraktives Arbeitsumfeld konnten nicht berücksichtigt werden.[11]

Aus regionalpolitischer Sicht kann aufgrund obiger Ausführungen festgehalten werden, daß es außerordentlich schwierig ist, einzelne Bürobetriebe über größere Distanzen in wirtschaftlich schwache Gebiete zu verlagern. Solche Anstrengungen werden vor allem in Ländern mit sehr großen städtischen Zentren (Großbritannien, Frankreich) unternommen, wo die Regionalpolitik sowohl in den Entleerungs-, als auch in den Ballungsgebieten (London, Paris) ansetzt. Erfolgskontrollen der Büroansiedlungspolitik in Großbritannien zeigen, daß Verlagerungen meist innerhalb der Region London stattfinden, nicht aber aus der Region hinaus.[12] Neben den Fühlungsvorteilen bildet vor allem das auch in qualitativer Hinsicht große Angebot an Arbeitskräften in städtischen Agglomerationen einen wichtigen Standortfaktor für arbeitsintensive Betriebe.

5. Auswirkungen auf den Verkehr

Die Verlagerung der Arbeitsplätze bedeutet für das Personal eine Änderung der gegenseitigen Lage der Funktionen Wohnen und Arbeiten. An dieser Stelle soll der damit verbundene Wechsel in der Wahl des Verkehrsmittels für den Arbeitsweg zur Sprache kommen.

Wie in den meisten Städten der Industrieländer hat sich auch in der Agglomeration Zürich das Bevölkerungswachstum mehr und mehr gegen außen verschoben. Heute sind bei befragten Dienstleistungsbetrieben rund 50% der Angestellten außerhalb der Stadt wohnhaft. Die Stadt Zürich verliert seit 1962 an Bevölkerung, die Gemeinden des 1. Agglomerationsgürtels (Abgrenzung Stat. Amt der Stadt Zürich) seit 1973. Mit der Verlagerung der Bevölkerung gegen außen ist vielfach auch eine Verschiebung weg von den Hauptachsen des öffentlichen Verkehrs verbunden. Trotzdem ermöglicht das radial auf das Stadtzentrum ausgerichtete öffentliche Verkehrsnetz aus der Agglomeration und aus der Stadt eine relativ gute und direkte Erreichbarkeit des Zentrums. Die gute Verkehrslage des Stadtzentrums und das dort fehlende Angebot an Dauerparkplätzen hat zur Folge, daß gemäß Personalbefragungen über 80% der Angestellten ihren Arbeitsplatz im Stadtzentrum mit dem öffentlichen Verkehrsmittel oder zu Fuß erreichen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in städtischen Außenquartieren, wie sie heute in der Stadt Zürich in großer Zahl nicht nur durch Banken erfolgt, bedeutet meist eine schlechte Erreichbarkeit der Funktion Arbeiten mit dem öffentlichen Verkehrsmittel. Eigene Berechnungen haben ergeben, daß die Standorte der Verwaltungszentren im Vergleich zum Stadtzentrum von durchschnittlich 30% weniger Personen mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb einer halben Stunde erreicht werden können.[13] Zum Teil große Umsteige- und Wartezeiten sowie Umwege müssen zur Erreichung von Außenquartieren in Kauf genommen werden. Lange Fahrzeiten mit dem öffentlichen Verkehrsmittel und ein besseres Parkplatzangebot bedingen, daß die neuen Arbeitsplatzstandorte von bedeutend mehr Angestellten mit dem Auto aufgesucht werden (vgl. Tab. 5). Neuere Befragungen (1978) haben für den Standort Flur einen Autofahreranteil von 49% ergeben (Ortsansässige Stadt Zürich 31%, Auswärtige 64%).

Die Resultate erlauben den Schluß, daß beim Entscheid über die Wahl des Verkehrsmittels für den Arbeitsweg insbesondere der Faktor Zeit stark gewichtet wird. Die meist höheren Kosten des Autos werden durch zum Teil bedeutende Zeitersparnisse aufgewogen. Interessant sind in diesem Zusammenhang Untersuchungen in Großbritannien, in denen versucht wird, in Abhängigkeit des Einkommens

Tabelle 5 Verkehrsmittel für den Arbeitsweg in Abhängigkeit des Arbeitsplatzstandortes

Arbeitsort	Bahnhofstraße (Stadtzentrum)	Werd	Flur
Entfernung (Luftdistanz) vom Stadtzentrum		800 m	3600 m
Verkehrsmittel:			
zu Fuß	13%	15%	16%
Velo, Motorrad	3%	-	1%
Auto	6%	12%	36%
Automitfahrer	2%	1%	5%
Öffentliches Verkehrsmittel	71%	65%	39%
Auto und öffentliches Verkehrsmittel	3%	6%	3%
Total befragte Personen = 100%	2272	301	225

Quelle: Bankinterne Personalbefragung 1973

festzustellen, welche zusätzlichen Kosten eine Person in Kauf nimmt, um die Zeit für den Arbeitsweg zu minimieren.[14)]

Aus stadtplanerischer Sicht ist die Verlagerung vom öffentlichen auf das private Verkehrsmittel unerwünscht. Der private Autoverkehr verursacht hohe soziale Kosten in Form von Lärm, Abgasen, Flächenansprüchen und Unfallrisiko. Stark beeinträchtigt wird dadurch die Wohnqualität von städtischen Quartieren. In neuerer Zeit sind Anzeichen festzustellen, daß sich Gruppen von Quartierbewohnern zunehmend aktiv für eine Verbesserung der Wohnqualität und Einschränkung des Durchgangsverkehrs einsetzen. Eine Maßnahme in dieser Richtung ist die Einrichtung von Wohnstraßen, wie sie seit Beginn dieses Jahres möglich ist.

6. Zusammenfassung

Das Wachstum von traditionell in Städten angesiedelten Betrieben des tertiären Sektors (wie z. B. Banken) verstärkt die räumliche Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft. Bei den untersuchten Betriebsverlagerungen, die infolge mangelnder Flächenreserven erfolgten, wurde bei der Standortsuche nur die nähere Umgebung (Stadtgebiet) des alten Standorts einbezogen. Ein solches Vorgehen wurde in Hinsicht einer Risikovermeidung und Minimierung der Umzugskosten durch den wichtigsten Standortfaktor, den Arbeitsmarkt, bestimmt. Das quantitative und qualitative Arbeitsangebot kann heute als einer der bedeutendsten Agglomerationsvorteile bezeichnet werden. Verzichtet man von Seiten des Staates auf harte regionalpolitische Maßnahmen wie z. B. Ansiedlungsverbote in Ballungsräumen, so wird es zur Aufgabe der Planung und Politik innerhalb von Agglomerationsräumen, eine möglichst optimale räumliche Verteilung der verschiedenen Funktionen (Wohnen, Arbeiten usw.) anzustreben.

Für die Standortwahl der Verwaltungszentren auf der Ebene der Stadt war das Vorhandensein eines Grundstücks ausschlaggebend, auf dem eine möglichst rasche Realisierung der Bauvorhaben möglich war. Die mit der erfolgten Standortwahl verbundenen, zum Teil unerwünschten Auswirkungen sollen nachfolgend nochmals schematisch dargestellt werden (siehe Seite 83 oben).

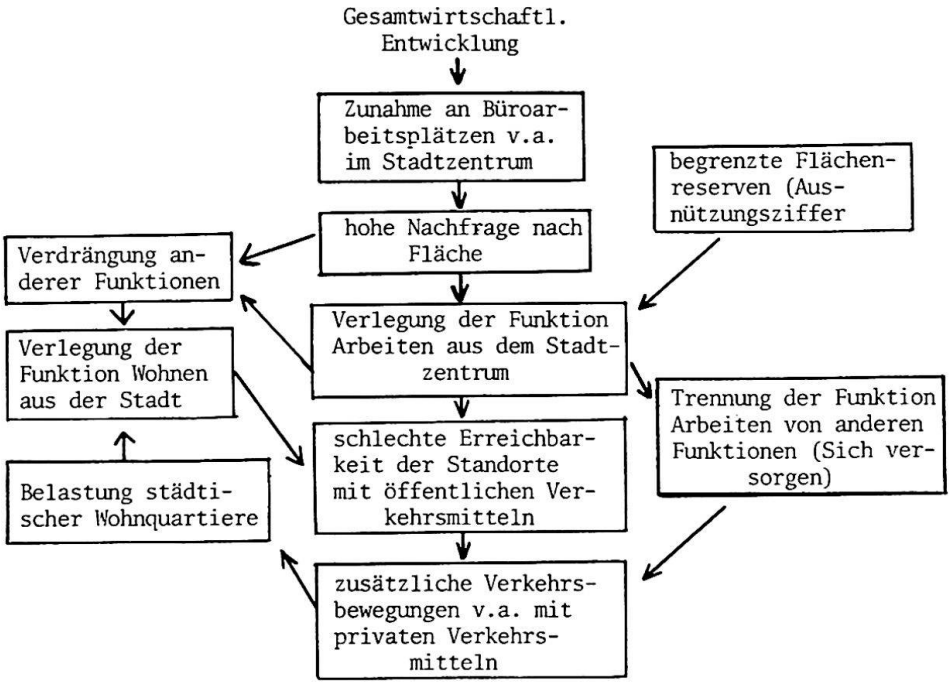
Anmerkungen

1) KELLER TH.: Innerstädtische Arbeitsplatzverlagerungen am Beispiel von 5 Banken in der Stadt Zürich, Diplomarbeit am Geogr. Institut der Universität Zürich; Zürich 1978.

2) Die Beschäftigtenzahlen stützen sich auf die Ergebnisse der Eidg. Betriebszählung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden in die folgenden Betrachtungen nur Beschäftigte mit 30 und mehr Wochenstunden (Vollbeschäftigte) einbezogen. Es ist zu beachten, daß gerade im betrachteten Zeitraum die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stark zugenommen hat.

3) ABLER, ADAMS & GOULD, Spatial Organization, The Geographer's View of the World; London 1972, p. 307.
GOTTMANN J., Megalopolis, 6th paperback printing; Cambridge (Mass.) 1973, p. 576.

4) vgl. dazu:
GODDARD J. B., Office Location in Urban and Regional Development; Oxford 1975.
ALEXANDER I., Office Location and Public Policy, Topics in Applied Geography; New York 1979.



5) Eine gute Zusammenstellung findet sich bei: SCHAETZL L., Wirtschaftsgeographie 1; Paderborn 1978.

6) WEBER A., Über den Standort der Industrie. 1. Teil. Reine Theorie des Standorts; Tübingen 1909.

7) FUERST D., Die Standortwahl industrieller Unternehmer: Ein Überblick über empirische Erhebungen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften Ed. 22; Göttingen 1971, S. 189 ff.
FISCHER J., Regionalwirtschaftliche Wirkungen öffentlicher Ausgaben; Frankfurt/M und Thun 1979, S. 276.

8) In diesem Zusammenhang spricht man auch von der sog. Widerstandsfunktion, welche die vorhandene Nachfrage nach einem Gut, einer Infrastrukturleistung oder einem Arbeitsplatz bei einem bestimmten Transportaufwand in Prozent der Nachfrage bei Transportaufwand Null angibt.

9) ALEXANDER I., a.a.O., p. 25.

10) Die zwei kleineren der fünf untersuchten Banken haben bereits bestehende Büroräumlichkeiten gekauft oder gemietet.

11) Erfahrungen haben gezeigt, daß in einzelnen Fällen infolge des unattraktiven Arbeitsumfeldes in Außenquartieren Absagen auf ausgeschriebene Stellen erfolgt sind.

12) vgl. ALEXANDER I., a.a.O., p. 70.

13) KELLER TH., a.a.O., S. 59.

14) BEESLEY M.E., Urban Transport: Studies in Economic Policy; London 1973, p. 151.

Literaturbesprechung

ALEXANDER Ian: Office Location and Public Policy, Topics in Applied Geography, 115 S., Longman London and New York, 1979.

"Das Bürohaus hat das Fabrikgebäude als Symbol heutiger wirtschaftlicher Entwicklung in Städten ersetzt." Der Autor, der an der Universität von Canberra (Australien) tätig ist, gibt für sieben Industrieländer einen Anteil der Bürotätigkeiten an allen Arbeitsplätzen von 25 - 40 % (1970) an. Sowohl aus der Sicht der Stadtplanung, die sich mit den infolge der hohen Konzentration auftretenden Problemen auseinandersetzen muss, als auch aus der Sicht der Regionalpolitik, die versucht, Bürotätigkeiten aus den wirtschaftlich starken Ballungsgebieten zu dezentralisieren, gewinnen Standortfragen von Büros zunehmend an Bedeutung. Im Buch werden zahlreiche Untersuchungen insbes. aus Grossbritannien, USA, Australien und Schweden vorgestellt, die sich mit der Verteilung von Büros auf regionaler und städtischer Ebene, mit den Ursachen von Verlagerungen und den spezifischen Standortanforderungen von Bürotätigkeiten befassen. Am Schluss wird die Politik, die in verschiedenen Staaten mit dem Ziel der Dezentralisation von Büros verfolgt wird, und deren Erfolg bzw. Misserfolg diskutiert.
Das Buch gibt einen ausgezeichneten, kurzen und prägnanten Einstieg in den behandelten Problembereich. Besonders zu erwähnen sind die vom Autor präsentierten Resultate aus eigenen Untersuchungen in Australien, einem Land, das uns kaum aus dieser Sicht bekannt ist.

GH 1980/2 Theo Keller, Zürich